

Die Privatrechts- gesellschaft hat Zukunft!

VON THORSTEN POLLEIT

1. Teil

„There is no global anthem. No global currency. No certificate of global citizenship.“ Übersetzt heißt das: „Es gibt keine globale Hymne, keine globale Währung, keinen Ausweis für eine globale Bürgerschaft.“ So sprach US-Präsident Donald J. Trump am 1. Dezember 2016 zu seinen Anhängern im US-Bundesstaat Ohio. Damit teilte er den „politischen Globalisten“, dem „Establishment“, der „Elite von Davos“, eine klare Absage.

Denn deren Bestreben zielt nicht nur auf eine „Politik der offenen Grenzen“ und der Überwindung der Nationalstaaten ab, sondern sie läuft in letzter Konsequenz auch auf das Schaffen einer einheitlichen Weltwährung hinaus. Das „Projekt Weltwährung“ ist in der Tat kein willkürlicher Verdacht. Es ist vielmehr die logische Langfristkonsequenz der heute weltweit dominierenden Ideologie: des demokratischen Sozialismus.

Wie jede Form des Sozialismus strebt auch der demokratische Sozialismus nach Gleichheit. Der demokratische Sozialismus sieht dabei vor, den Sozialismus nicht durch plötzlichen gewalttätigen Umsturz, sondern nach und nach über parlamentarische Mehrheiten zu erreichen. Das Eigentum der Produktionsmittel soll zwar formal bestehen bleiben. Aber niemand soll mehr ein 100-prozentiges Anrecht auf die Erträge seines Eigentums haben. Vielmehr ist der Eigentümer verpflichtet,



einen Teil seiner Erträge in Form von Steuern an den Staat abzutreten. Zudem wird seine Verfügungsgewalt über sein Eigentum durch eine Vielzahl von Ge- und Verboten, Gesetzen, Verordnungen und Regulierungen eingeschränkt.

Wie alle Sozialisten erheben auch die demokratischen Sozialisten einen Weltgeltungsanspruch. Aus ihrer Sicht genügt es nicht, wenn die von ihnen angestrebte Gleichheit nur in ihrem Land erreicht wird. Sie wollen ihrem Gleichheitsideal überall zum Durchbruch verhelfen. Deshalb kann der demokratische Sozialismus keine Konkurrenz dulden.

Wenn die demokratischen Sozialisten beispielsweise nur in ihrem Geltungsbereich Steuern erheben, drohen Unternehmen und Talente abzuwandern, und zwar in andere Teile der Welt, in denen sie nicht (so hoch) besteuert werden. Wie aber lässt sich der unerwünschte Wettbewerb zwischen den Regionen der Welt ausschalten?

Eine Möglichkeit ist die *Kartellbildung* zwischen Staaten. Doch ein *Kartell* ist notorisch instabil: Die leistungsfähigen Staaten haben einen Anreiz, aus dem Kartell mit den weniger leistungsfähigen auszusteigen. Stabil wird die Front gegen Konkurrenz, gegen den Standortwettbewerb zwischen den Weltregionen erst dann, wenn es gelingt, eine Einheitsregierung, am besten eine Weltherrschaft, einen Weltstaat, zu errichten.

Doch dem Weltstaat stehen bislang Hürden entgegen, insbesondere in Form der *Nationen* beziehungsweise *Nationalstaaten*. Der Grund ist der: Ein demokratischer Sozialismus unter einheitlicher Führung zieht weitreichende internationale Umverteilungen von Einkommen und Vermögen nach sich. Dem werden sich die Menschen, solange sie sich unterschiedlichen Nationen zugehörig fühlen, widersetzen.

Die demokratischen Sozialisten könnten nun zwar auf die Idee kommen, die nationalen Unterschiede in den Bevölkerungen durch Wanderungen zu verringern. Unter demokratischen Bedingungen ist das jedoch ein schwieriges, langwieriges, vielleicht auch unerreichbares Unterfangen.

Weitaus aussichtsreicher ist das Schaffen einer Einheitswährung, deren ökonomische Zwänge die teilnehmenden Nationalstaaten letztlich unter eine einheitliche Führung zwingen. Der gewissermaßen erste Schritt in diese Richtung ist den demokratischen Sozialisten in Europa mittlerweile gelungen: Anfang 1999 haben 11 Nationen ihre Währungen gegen die Euro-Einheitswährung eingetauscht. Was "im Kleinen" geklappt hat, lässt sich natürlich auch "im Großen" praktizieren. An Vorschlägen, wie man dabei vorgehen kann, mangelt es nicht.

So tritt etwa der kanadische Ökonom Robert Mundell (* 1932) für das Schaffen der Weltwährung „Intor“ ein, indem die großen

Thorsten Polleit, Jahrgang 1967, ist seit April 2012 Chefvolkswirt der Degussa. Er ist Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth, Adjunct Scholar am Ludwig von Mises Institute, Auburn, US Alabama, Mitglied im Forschungsnetzwerk „Research On money In The Economy“ (ROME) und Präsident des Ludwig von Mises Institut Deutschland. Er ist Gründungspartner und volkswirtschaftlicher Berater eines Alternative Investment Funds (AIF). Die private Website von Thorsten Polleit ist: www.thorsten-polleit.com

Währungen der Welt – US-Dollar, Euro, chinesischer Renminbi und japanischer Yen – gegenüber dem Intor fixiert und nachfolgend durch eine einheitliche Geldpolitik gesteuert werden. Auch andere Währungen sollen später im Intor aufgehen können.

Mit dem Aufkommen des digitalen Zentralbankgeldes („Central Bank Digital Currency“) hat sich jüngst der Gouverneur der Bank von England, Mark Carney (* 1965), für das Schaffen einer Weltwährung in Form einer „Synthetischen Hegemonialen Währung“ („Synthetic Hegemonic Currency“) ausgesprochen. Nicht zuletzt um zu verhindern, dass künftig private Angebote von Firmen, die Kryptowährungen lancieren oder eigene Stablecoins auf den Markt bringen, wie sie etwa das soziale Netzwerk Facebook mit der Libra plant, die dann das staatliche Geldmonopol erodieren und ein staatliches Weltgeld unerreichbar machen.

Die politischen Globalisten setzen alles daran, die Herrschaft über das Geld bei den staatlichen Zentralbanken zu belassen beziehungsweise das Weltgeld einer Weltzentralbank zuzuschancen. Doch was wäre so schlimm daran, wenn es künftig nur ein Weltgeld gäbe? Ein Geld auf der Welt wäre ökonomisch gesehen zunächst einmal großartig: Wenn alle mit demselben Geld handeln, werden Tauschgeschäfte erleichtert, wird die produktive Kraft des Geldes maximiert.

Nun ist dabei aber ganz entscheidend, *wer* das Weltgeld produziert. Wenn es nicht der freie Markt ist, der entscheidet, was das Weltgeld sein soll (also Gold, Silber oder vielleicht eine Kryptoeinheit), sondern die Staaten darüber befinden, dann ist große Gefahr im Verzug. Beispielsweise wäre ein ungedecktes Weltgeld – ein Welt-Fiatgeld – nicht nur mit allen ökonomischen und ethischen Defekten behaftet wie die nationalen Fiatwährungen auch. Die Schäden, die ein Welt-Fiatgeld verursachen würde, wären kolossal. Weil die disziplinierende Kraft des Wettbewerbs zwischen unterschiedlichen Währungen entfällt, wäre ein Welt-Fiatgeld inflationärer als die nationalen Fiat-Währungen, würde größere Fehlallokationen bewirken und würde zudem schwere Konflikte zwischen den Nationen provozieren. Die politische Macht einer Weltzentralbank, die das Welt-Fiatgeld als Monopolist herausgibt, wäre geradezu furchterregend. Weil die Weltzentralbank keine Konkurrenz mehr hat (und die Geldverwender dem Weltgeld nicht ausweichen können), können Interessengruppen sie rücksichtslos für ihre Belange einspannen. So könnten die Regierungen hoch verschuldeter Staaten darauf drängen, dass die Zentralbank den Weltleitzins möglichst niedrig setzt. Das erlaubt es ihnen, sich weiterhin billig zu verschulden, mit kreditfinanzierten Ausgaben Wählerstimmen zu kaufen, um ihre Macht zu erhalten und auszuweiten.

Auch wäre es ein Leichtes für eine Weltzentralbank, das Bargeld abzuschaffen. Dann wäre es nicht nur endgültig um die finanzielle Privatsphäre der Menschen geschehen. Die Bürger wären auch der Gefahr der finanziellen Repression durch Negativzinsen schutzlos ausgeliefert. Ein Fiat-Weltgeld, bereitgestellt von einer Weltzentralbank, übt zudem großen Druck auf die Nationen aus, ihre Souveränität aufzugeben, ihre legislativen, judikativen und exekutiven Zuständigkeiten an eine supra-nationale Instanz zu übertragen.

Beispielsweise müssten in Krisenphasen, für die das Fiat-Geld immer wieder sorgt, die Nationen auf ihre Selbstbestimmungsrechte verzichten, um von der Weltzentralbank „gerettet“ zu werden.

Der „Rettung“ von Griechenland und anderer Länder in der Eurokrise, die deren nationale Souveränität erheblich einschränkte, mag hier wegweisende Bedeutung zukommen. Es entstünde vermutlich zunächst so etwas wie ein „Welt-Rat“, eine Gemeinschaftsvertretung, aus der dann – in der logischen Konsequenz – eine Weltherrschaft, ein Weltstaat hervorgeht. Ein bedrohliches Szenario – denn ein Weltstaat, der das Monopol für Recht und Sicherheit beansprucht, führt absehbar in die Tyrannei.

Ist nun aber der Weg zum Fiat-Weltgeld und damit zum einem Weltstaat, wie er vorangehend skizziert wurde, vorgezeichnet? Die Gefahr ist durchaus real. Doch zwangsläufig ist der Weg nicht. Er stellt vielmehr eine *bedingte Zukunftsskizze* dar, ein logisches Ergebnis des bisherigen Entwicklungspfades, sollte dem demokratischen Sozialismus, wie er sich in den vergangenen Jahrzehnten durchgesetzt hat, nicht Einhalt geboten werden – und die Menschen sich nicht begeistern für ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, in dem das Eigentum eines jeden an Leib und Gut nicht mehr infrage gestellt und relativiert, sondern unbedingt respektiert wird.

Ein solches Gegenmodell zum demokratischen Sozialismus, das auf Freiheit statt Gleichheit, auf Wettbewerb statt Harmonisierung und auf Vielfalt statt Einheit setzt, ist die „Privatrechtsgesellschaft“. Die Ökonomen Murray N. Rothbard (1926 – 1995) und Hans Hermann Hoppe (* 1949) haben bereits richtungsweisende Ausarbeitungen zur Privatrechtsgesellschaft, die sich durch den unbedingten Respekt gegenüber dem Privateigentum auszeichnet, in ihren Werken vorgelegt.

US-Präsident Trump hat zwar nun Sand in das Getriebe der demokratischen Sozialisten und ihres politischen Globalismus geworfen; und vor allem auch deshalb wird er von ihnen so heftig kritisiert. Doch ob ein wenig Sand im Getriebe ausreicht, die Maschinerie des demokratischen Sozialismus zu stoppen? Die Coronavirus-Krise zu Beginn des Jahres 2020

hat in aller Deutlichkeit gezeigt, dass sogar Präsident Trump alles daran setzt, das System vor dem Kollaps zu bewahren. Auch er scheut davor zurück, sich der Machtdynamik, die das ungedeckte Papiergeldsystem entfaltet, in den Weg zu stellen.

Erst wenn die Menschen einsehen, dass der Trend zur Zentralisierung von Macht und Kompetenzen, dass die Idee von einer Weltwährung und einem Weltstaat in eine Dystopie mündet, und dass der demokratische Sozialismus diese unheilvolle Entwicklung heraufbeschwört, ist der Vormarsch des demokratischen Sozialismus gestoppt.

2. Teil

Die voranstehend aufgeführten Gedanken sind keine Prognose, sondern sie repräsentieren vielmehr ein „bedingtes“ Zukunftsszenario, das sich wohl in dieser oder einer ähnlichen Weise entfalten wird, *wenn* die Menschen am demokratischen Sozialismus festhalten; es wird hier also nicht behauptet, dass diese Entwicklung eine Zwangsläufigkeit ist. Ob es so kommt oder nicht, hängt allein von den Ideen ab, von denen sich die Menschen in ihrem Handeln leiten lassen. Und Ideen können sich – das ist die gute Nachricht – verändern.

Die entscheidende Frage ist: Wie lässt sich der Idee des demokratischen Sozialismus (die die Weichen in Richtung Weltwährung und Weltstaat stellt) die Zustimmung entziehen? Die Antwort lautet: wohl nur durch bessere Einsicht. Und zwar durch die Einsicht, dass eine Welt, in der Staaten (wie wir sie heute kennen) die Herrschaft beanspruchen, ökonomisch und ethisch nicht gut und richtig sein kann.

Diese Einsicht lässt sich auf logischem, auf handlungslogischem Wege gewinnen, also mit den Mitteln der Vernunft: Jeder Mensch hat ein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung, hat Eigentum an seinem Körper und Eigentum an den Dingen, die er sich auf nicht-aggressive Wege erwirbt. Diese Aussage lässt sich nicht widerspruchsfrei verneinen. Wer sie verneint, wer sagt: „Es ist nicht der Fall, dass jeder ein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung hat“, der setzt genau das als gültig voraus, was er mit seiner Aussage verneint. Dass jeder Mensch ein Recht auf Selbstbestimmung hat, ist also eine logisch richtige, eine wahre Aussage.

Daraus folgt, dass der Staat (wie wir ihn heute kennen) mit dem Selbstbestimmungsrecht, das jedem Menschen zusteht, nicht vereinbar ist. Kein Mensch hat das Recht, über den anderen zu herrschen; hat das Recht, die Selbstbestimmung der anderen einzuschränken oder aufzuheben. Und begreifen die Menschen erst einmal, dass jedem von ihnen ein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung zusteht, und ziehen sie draus die richtigen Konsequenzen, ist der Spuk des Staates



(wie wir ihn heute kennen) vorbei.

Sie werden dann die Privatrechtsgesellschaft herbeiführen wollen. Privatrechtsgesellschaft bedeutet, dass das gleiche Recht für alle gilt; dass das Recht für mich das gleiche ist wie für Dich; dass es keine Unterscheidung gibt zwischen öffentlichem Recht und privatem Recht. Der Weg, der die heutige „Welt der Staaten“ in eine „Welt der Privatrechtsgesellschaften“ überführt, **erfordert die Rückbesinnung auf das Selbstbestimmungsrecht. Es beinhaltet das Recht auf Sezession. Wer nicht mehr zu einem Staat (wie wir ihn heute kennen) gehören will, der hat das Recht auszutreten (und kleinere und bessere Einheiten zu bilden).**

In einer Welt, in der das Selbstbestimmungsrecht verstanden und gelebt wird, zerteilt sich idealerweise zunächst der große grimmige Staat in viele kleinere freundlichere Staaten; und daraus erwächst dann die Möglichkeit, dass sich einzelne Privatrechtsgesellschaften herausbilden; und macht das Beispiel Schule, dann leben irgendwann alle Menschen in einer Privatrechtsgesellschaft.

Weltwährung und Weltstaat und damit das dystopische Zukunftsszenario wäre der Boden entzogen. In der Privatrechtsgesellschaft werden alle Güter im freien Markt bereitgestellt, einschließlich der Güter Recht und Sicherheit. Es gibt natürlich einen freien Markt für Geld. Die Geldnachfrager können das Geld, was sie verwenden wollen, frei wählen, es wird ihnen nicht mehr diktiert.

Ein Weltgeld kann sich durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage herausbilden – in Form von Gold, Silber oder einer Kryptoeinheit. In jedem Falle gäbe es keine zentrale Machtinstanz, die das Geld für ihre politischen Zwecke missbrauchen könnte. Wenn das Recht auf Selbstbestimmung in dieser Weise eine Renaissance erlebt, ist der Weg zum Weltgeld, Weltstaat und der Tyrannei, die mit ihnen verbunden wären, gebannt.

**Thorsten Polleit
beim Vortrag bei der
Mises-Konferenz in
München
(Quelle von beiden
Fotos: Mises-Institut,
München)**